Abendausgabe

Mittwoch
10. Januar 1923

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Preis 22 Mark

Nr. 15 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 8

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Essen vor der Besetzung.

Essen a. d. Ruhr, 10. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In Essen erwartet man die Besetzung im Laufe der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag. Die Stimmung in den Essener Arbeiterkreisen wird durch eine Auslassung unseres Parteiorgans gekennzeichnet. Die „Essener Arbeiterzeitung" schreibt anläßlich der bevorstehenden Besetzung: „Es gibt keine Macht, die stark genug wäre und wenn sie aus tausend Kanonenschlünden ihr drohendes Gesicht zeigen würde, die unsere Herzen in dem Gefühl der Zugehörigkeit zur Deutschen Republik erschüttern könnte. Möge kommen, was da will. Unerschütterlich wird die Stadt der Arbeit zur Deutschen Republik stehen."

Die Franzosen stehen in gehäuften Massen in dem benachbarten Kettwig. Bis jetzt hat noch kein Franzose die Grenze der Besatzungszone überschritten. In Duisburg sind eine Reihe Transporte angekommen. Zwei Transporte wurden wegen Ueberfüllung vorläufig nach Großenbaum zurückgezogen. Bis jetzt sind insgesamt 117 Transporte bei der Eisenbahn angemeldet. Die Schulen sind zum größten Teil zu Bureauzwecken beschlagnahmt und müssen mit Hochdruck neu möbliert werden. Eine einzige Möbelfirma hat gestern für dreißig Millionen Mark Möbel liefern müssen. Radfahrerpatrouillen sind in der Richtung nach Mülheim vorgedrungen. Die Posten in der Stadt haben sich durch Drahtverhaue gesichert. Die Smeetsleute verbreiten in dichten Massen ihre Presseerzeugnisse im Essener Gebiet. Sie sollen in polnischer Sprache am Tage des Einmarsches unter die polnischen Arbeiter des Ruhrgebietes verbreitet werden, um diese als Hilfstruppen zu gewinnen.

Die Mülheimer Reichsbank ist in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch mit Artillerie belegt worden.

Essen, 10. Januar, mittags. (WTB.) Bis zur Stunde herrscht an der ganzen Grenze des besetzten Gebietes von Kettwig bis Mülheim völlige Ruhe. Neue Truppenansammlungen sind nicht zu bemerken. Gestern wurden alle Last- und Personenwagen in Kettwig zurückgeschickt. Heute bleiben Lastwagen in beiden Richtungen unbehindert, während Personenwagen die Erlaubnis für die Einreise in das Düsseldorfer Sanktionsgebiet erhalten. Es wird ihnen aber nicht gestattet, zurückzufahren.

•

Die französischen Zwangsmaßnahmen sollen der deutschen Regierung sowie den alliierten Regierungen offiziell notifiziert werden. Der französische Botschafter in London, Saint Aulaire, hat am Dienstag abend im englischen Auswärtigen Amt vorgesprochen, um die britische Regierung von den Absichten Poincarés in Kenntnis zu setzen. Dabei soll er betont haben, daß die Verwendung von militärischen Streitkräften nur zum Schutze der Ingenieure und sonstigen Zivilbeamten dienen solle und daß ein solcher Schutz nicht notwendig gewesen wäre, wenn alle Alliierten ihre Mitwirkung zugesagt hätten. (!)

Auf Grund dieser Mitteilung ist eine Sitzung des britischen Kabinetts beschleunigt einberufen worden, die der „Daily Telegraph" als eine der wichtigsten seit Jahren bezeichnet. Es sollen folgende Punkte zur Beratung gelangen:

1. ob ein Protest gegen die französische Aktion erhoben werden soll und, wenn ja, in welcher Form;
2. ob England weiterhin seine Truppen am Rhein belassen soll;
3. die Frage der künftigen Vertretung Großbritanniens in der Reparationskommission, der Botschafterkonferenz und damit verwandten interalliierten Körperschaften.

Unterdessen verstärkt sich die amerikanische Opposition gegen das französische Vorgehen. Die Erklärung, die der amerikanische Vertreter in der Reparationskommission Boyden am Dienstag abgegeben hat, wird erst jetzt in ihrer vollen Bedeutung bekannt und hat in Paris großes Aufsehen erregt; Boyden soll nämlich gesagt haben, die deutsche Kohlenverfehlung sei zwar unbestreitbar, sie sei jedoch auf die Unmöglichkeit der Leistungen zurückzuführen, die der Vertrag Deutschland auferlege. Eine solche Verfehlung festzustellen bedeute nicht eine Verurteilung Deutschlands, sondern in Wirklichkeit eine Verurteilung des Vertrages.

Es sei nebenbei bemerkt, daß ein offiziöses Havas-Kommuniqué den Sinn dieser Erklärung geradezu auf den Kopf gestellt hat, indem es behauptete, Boyden hätte sogar eine vorsätzliche Verfehlung Deutschlands anerkannt. So wird die französische öffentliche Meinung in diesen kritischen Tagen irregeführt!

Die Erklärung Boydens wird sogar dahin aufgefaßt, daß Amerika sich damit für eine radikale Revision des Friedensvertrages ausgesprochen habe. Die Mißstimmung, die in Washington über Frankreichs Haltung herrscht, wird durch eine Erklärung des Staatsdepartements zu der Behauptung Poincarés unterstrichen, daß ihm von einem offiziellen Vorschlag der Vereinigten Staaten zur Regelung der Reparationsfrage für den Fall eines Scheiterns der Pariser Konferenz nichts bekannt sei. Demgegenüber erklärt das Weiße Haus, daß die Mitteilung Amerikas Frankreich auf dem üblichen diplomatischen Wege zugegangen sei. Offenbar sind die Amerikaner nicht gewillt, sich die juristischen Spitzfindigkeiten und Winkelzüge Poincarés, der zwischen einem diplomatischen Sondieren und einem formellen Angebot sorgfältig unterscheidet, länger gefallen zu lassen. Es ist jedenfalls ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß gerade jetzt eine Note der Vereinigten Staaten an ihre Schuldner abgegangen ist, in der angefragt wird, wie sich diese die Regelung ihrer Schulden vorstellen. Die volle Tragweite dieses Schrittes läßt sich zwar noch nicht erkennen, es ist indessen möglich, daß er die ganze europäische Politik entscheidend beeinflussen wird.

Die Verschiebung der französischen Aktion um einen Tag wird von verschiedenen Seiten, u. a. von der Pariser Ausgabe des „New York Herald", mit der unklaren Haltung Mussolinis begründet. In Paris hofft man zwar noch immer fest auf die Mitwirkung italienischer Ingenieure bei den Zwangsmaßnahmen im Ruhrgebiet, doch lassen Nachrichten aus Rom, u. a. eine Erklärung der offiziösen „Tribuna", erkennen, daß sich die italienische Regierung mit dem militärischen Vorgehen Frankreichs keineswegs identifiziere. Nachstehende Meldung der Telegraphen-Union aus Rom deutet vielmehr darauf hin, daß Frankreich schweren Enttäuschungen von italienischer Seite entgegengeht:

Auf einen Antrag des Abgeordneten Cianfarra von der Partei der Populari faßte die Kommission für das Auswärtige einen Beschluß gegen die Beteiligung Italiens an den französischen Operationen im Ruhrgebiet. In der Begründung wird insbesondere darauf hingewiesen, daß die Frage der Reparationen auf das engste mit der der interalliierten Schulden verknüpft sei; während der anglo-amerikanischen Verhandlungen solle man also Deutschland ein kurzes Moratorium gewähren. Weiter wird gesagt, wenn der amerikanische Standpunkt über alle anderen den Sieg davontrage, so werde auch Italien diese Politik aufgreifen und alle einschlägigen Probleme von neuem betrachten. Die Kommission ist der Ueberzeugung, daß die französische Aktion an der Ruhr für den europäischen Frieden gefährlich ist, weil sie die Gefahr vergrößert, daß die deutsch-russische Annäherung sich nur noch enger vollzieht, besonders angesichts der französisch-englischen Entfremdung.

Die französischen Vorbereitungen sind indessen zu weit gediehen, als daß selbst die Erkenntnis der Gefahren, denen man sich gerade von der Seite jener Alliierten aussetzt, auf die man rechnen zu dürfen glaubte, die Entschlüsse Poincarés in letzter Stunde noch umwerfen könnte. Poincaré hat sich durch den „Nationalen Block" rettungslos in die Bahn des Rechtsbruches und der Gewalt drängen lassen. Er wird morgen in der Kammer einen billigen Siegesrausch genießen, doch der teuere Katzenjammer wird nicht lange auf sich warten lassen.

Sie marschieren noch nicht.

In Berlin ist bisher eine Meldung, daß die rechtswidrige Kriegshandlung Frankreichs und Belgiens begonnen habe, nicht eingegangen. Im Gegenteil, aus Essen meldet WTB.:

Bis heute früh ist ein Vormarsch der französischen Truppen ins unbesetzte Gebiet an keiner Stelle erfolgt. Die in Mülheim-Speldorf ausgeladenen Truppen sind in der Richtung nach Duisburg zurückgezogen worden.

Die französischen Truppentransporte im besetzten Gebiet treffen, wie Wolff weiter meldet, mit großen Verspätungen ein, so daß daraus der Schluß zu ziehen ist, daß Züge zurückgehalten werden. Von den angemeldeten Zügen für Duisburg-Speldorf und Ratingen sind eine Anzahl zurückgeblieben. Auch ist bekannt geworden, daß einige Züge rückwärts verlegt worden sind. Für den 11. Januar sind weitere 48 Züge angemeldet.

Verlegung des Kohlensyndikats.

Das Kohlensyndikat verlegt seinen Sitz von Essen nach Hamburg. Dies wurde einstimmig und unter Zustimmung der Angestellten des Syndikats beschlossen.

Praktisch bedeutet die Verlegung des Kohlensyndikats, daß die Organisationszentrale der Ruhrkohlenverteilung nicht in die Hand der Friedensbrecher fällt.

Köln, 10. Januar. (Mtb.) Die „Kölnische Zeitung" meldet, daß am 30. Januar in Berlin eine Hauptversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats stattfinden wird mit der Tagesordnung: Errichtung einer Niederlassung an einem anderen Platze und Ermächtigung zu besonderen Verkaufsmaßnahmen.

Dollar 10250!

Die Mark fällt. — Die Montan-Aktien steigen!

Die Nervosität der Börse hat heute einen kaum noch zu überbietenden Höhepunkt erreicht. Das zeigt sich besonders deutlich am Devisenmarkte. Der Dollar, der vormittags entsprechend den gestrigen New Yorker Kursen für die Mark mit 11 000 und darüber gehandelt wurde, stellte sich an der Börse gegen mittag auf 10 350. Das Geschäft wechselte in seiner Tendenz sehr rasch. Minutenlange stürmische Nachfrage wurde wiederholt abgelöst von völliger Stagnation.

Am Effektenmarkte machte die Hausse zunächst weitere Fortschritte. Neben den Valuta-, Kolonial- und Braunkohlenwerten, die schon vorgestern stark gestiegen sind, waren heute besonders oberschlesische und auch westdeutsche Montanaktien gesucht! Bei denjenigen Unternehmungen, die im besetzten Gebiet und im Ruhrgebiet liegen, wiederholt sich das Schauspiel, das schon am Markte der oberschlesischen Papiere unmittelbar nach der Abtrennung des polnisch gewordenen Teiles zu beobachten war. Man spekuliert jetzt gewissermaßen im Hinblick auf die erwartete französische Kapitalbeteiligung mit dem Unglück des Vaterlandes à la hausse.

Der Wahnsinn marschiert.

Die Reparationskomission hat vor drei Tagen mit allen Stimmen gegen die Stimme des englischen Vertreters eine böswillige Verfehlung Deutschlands in der Kohlenlieferungsfrage festgestellt und damit Frankreich den Vorwand gegeben, das Ruhrgebiet zu besetzen. Der Wahnsinn marschiert. Es braucht nicht noch einmal darauf hingewiesen zu werden, daß das Vorgehen Frankreichs und der sich ihm anschließenden Verbündeten einen Rechtsbruch und einen Gewaltakt bedeutet, der in der Geschichte einzigartig dasteht und lebhaft an die Raubzüge Ludwigs XIV. erinnert, wie ja überhaupt Poincaré durchaus aus der Welt dieses „Sonnenkönigs" stammt, eines Sonnenkönigs allerdings, der das furchtbare Ungewitter der Revolution auf Frankreich herniederbeschwor und der die letzte Ursache für den Zusammenbruch des Königtums in Frankreich war. Nach außen hin eine Politik der Gewalt und der Erpressung, nach innen eine Politik der widersinnigsten Verschwendung und Korruption, eine Politik der Ueberspannung im Militärbudget. — Zwischen Ludwig XIV. und Poincaré wird die Geschichte in dieser Hinsicht kaum einen Unterschied feststellen können, wenn sie auch sonst Parallelen zwischen dem königlichen Diplomaten und dem bürgerlichen Bureaukraten nicht bilden dürfte.

Die Frage ist, hat das andere Frankreich, haben die Verbündeten kein Gefühl für das furchtbare Unrecht, in das Poincaré sein Land verstrickt? Wenn man sich auf die französische Presse verlassen wollte, die ähnlich wie die Adligen zur Zeit Ludwigs XIV. vollkommen von der königlichen Tafel der Herrn Advokaten abhängig ist, müßte man die Frage verneinen. Aber es gibt auch in Frankreich noch Persönlichkeiten, die der königliche Glanz nicht bestochen hat. Hier sieht man die bittere Wahrheit, hier weiß man, daß die Frage der Kohlenlieferungen nur ein billiger Vorwand ist, um zur Gewalt schreiten zu können.

Poincaré hat immer wieder auf die verzweifelte finanzielle Lage Frankreichs hingewiesen, immer wieder hat er betont, daß das der eigentliche Grund dafür sei, auf den deutschen Reparationsleistungen zu bestehen. Die in dem Diktat von Spa festgesetzten Kohlenlieferungen Deutschlands sollten diesem Zweck dienen, sie sollten den französischen Staat entlasten. Sind die Reparationskohlen dem französischen Staat wirklich zugute gekommen, hatte Frankreich diese Kohlen überhaupt nötig, um die Verwüstungen des Krieges zu überwinden? Wir wollen uns ein eigenes Urteil in dieser Frage nicht erlauben und erinnern lediglich daran, was der französische Professor Francis Delaisi seinerzeit in der Wochenausgabe des „Manchester Guardian" darüber zu sagen hatte. Die französischen Kohlenforderungen, so führte der Professor aus, gingen davon aus, daß Frankreich nach dem Gewinn Elsaß-Lothringens seinen Kohlenverbrauch von 60 auf 70 Millionen Tonnen erhöhen, aber infolge der Kriegszerstörungen die Eigenförderung von 37 auf 25 Millionen zurückgehen würde. Infolgedessen betrug nach dieser Berechnung der Bedarf an ausländischen Kohlen 50 Millionen Tonnen, die fast restlos Deutschland auferlegt wurden. Aber die Rechnung war falsch. Frankreich verbrauchte 1921 nicht, wie erwartet 75, sondern nur 48,6 Millionen Tonnen. Infolgedessen mußte man schon in diesem Jahre 2,3 Millionen an das Ausland verkaufen. Diese Fehlkalkulation war schlimm, aber noch schlimmer war der Umstand, daß der Nutznießer der Freikohle nicht der Staat, sondern die französische Industrie war. Die 1,1 Milliarden Frank Abgaben, die Frankreich aus der bis zum Ende Februar 1922 gelieferten Reparationskohle eingenommen hat, wurden den Verbrauchern englischer und amerikanischer Kohle geschenkt.

„Dank dieser genialen Kombination, so schreibt Delaisi wörtlich, hat Frankreich im Laufe von drei Jahren das wirtschaftliche Paradoxon zuwege gebracht, daß die französischen Kohlenzechen die Kohle teuer verkauften und der Verbraucher sie billig bekam. Die Reparationskohle wurde die Basis eines Dumping, aus dem die ganze französische Industrie ihren Nutzen zog."

Der Kohlenüberfluß war in Frankreich bald so groß, daß man auf die Saarkohle eine Steuer von 10 Proz. legte, um ihre Konkurrenz auf dem französischen Markt zu behindern. Der Kohlenüberfluß war so groß, daß sich 20 Proz. der Saarkohle auf den deutschen Markt drängte, während Frankreich, das vorgibt, ohne die deutsche Kohle nicht leben zu können, nur 35 Proz. der Förderung abnahm.

„Eine merkwürdige Ironie der Tatsachen: Die kommerziellen Ströme bahnen sich ihren Weg trotz aller Verträge, und diese Kohle, die man uns gab, um die Förderung unserer zerstörten Bergwerke zu ersetzen, liefern wir selbst an die deutsche Industrie — zu herabgesetzten Preisen — zurück!"

Soweit Herr Delaisi. Frankreich schwimmt also in Kohle, sieht sich genötigt, erhebliche Mengen von diesem Ueberfluß auszuführen; selbst Deutschland, das böswillige, Frankreich schädigende Deutschland, bekommt einen Anteil an diesem Segen! Trotzdem besteht Poincaré auf seinem Pfande! Weil Deutschland, das infolge seiner Kohlenknappheit gezwungen ist, Kohle aus Frankreich einzuführen, das arme, notleidende Frankreich mit ein paar tausend Tonnen im Stich läßt, muß das Ruhrgebiet besetzt werden. Aber wie verhält es sich nun eigentlich mit der Besetzung des Ruhrgebiets? Erwartet ganz Frankreich davon das letzte Heil? Es gab eine Zeit — und es ist noch kein Jahr seit dieser Zeit verflossen —, da war

die französische Presse voller Warnungen vor derartigen „Unüberlegtheiten". Damals druckte man sehr eifrig die Erklärungen des belgischen Vertreters in der Reparationskommission, Delacroix, ab, in denen es hieß:

„Trotz des begreiflichen und berechtigten Wunsches, den Belgier und Franzosen empfinden mögen, uns der großen Zentren Deutschlands zu bemächtigen (!), ist es heute an der Zeit, die Vorteile dieser Operationen genauer zu besehen; denn es ist berechnet worden, daß die Besetzung des Ruhrgebietes nur einen belanglosen Nutzen bringen würde. Eine Besetzung kann sogar zum Unheil ausschlagen, wenn England es will. England hat den Kohlenmarkt in der Hand. Es kann die Preise herabsetzen und die Ruhrkohle wird unverkäuflich. Aber noch mehr. Die Mark wird sinken; wenn sie auf eine Centime fällt, wird das Problem nicht nur unlösbarer, sondern unsere Länder werden auch unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen."

Die Mark hat bereits einen katastrophalen Niedergang erlitten, ehe die Besetzung vollzogen ist; die französische, die belgische Währung hat diese Bewegung nach unten mitgemacht. Man sieht, die Voraussicht des Belgiers trifft mit unheimlicher Pünktlichkeit ein. Man kann also nicht sagen, daß Frankreich und seine Verbündeten unwissend und ungewarnt dem Abenteuer entgegengehen. Sie wissen drüben sehr genau, daß sie im Unrecht sind, sie wissen sehr wohl, daß die Besetzung des Ruhrgebiets ein Risiko ist, das sich vielleicht teuer bezahlt machen wird, aber, man hat den „begreiflichen und berechtigten Wunsch, sich der großen Zentren Deutschlands zu bemächtigen", und der Wahnsinn marschiert...

Das kommunistische Rezept.

Die Kommunisten versichern zwar, daß sie Nationalbolschewisten in ihren Reihen nicht dulden. Ihre ganze Politik ist aber entsprechend ihrer militaristischen Denkweise ganz auf nationalbolschewistische Illusionen eingestellt. Sie sind in der Tat die besten Schrittmacher der Nationalsozialisten. Im sächsischen Landtag verlangten sie gestern stürmisch eine Regierungserklärung zum Ruhreinmarsch. Der Abgeordnete Siewert gab eine längere Erklärung ab, in der er sagte, „man müsse das Proletariat zur Gewalt gegen die Besetzung des Ruhrgebietes aufrufen und ein Bündnis mit Sowjetrußland eingehen."

Den Appell an die Waffen werden die Arbeiter ruhig Kommunisten und Nationalisten überlassen. Um mit dem Säbel zu rasseln, muß man erstens einen haben. Daß Deutschland keine Waffen hat, auch nach einer siegreichen Revolution, das weiß natürlich die „Rote Fahne" genau so gut wie sie weiß, daß auch Sowjetrußland, daß die Hilfe des Auslandes selber dringend gebraucht, Deutschland nicht helfen kann. Die ständigen Hinweise auf Hilfe von dort und auf das „türkische Beispiel" sollte man lieber unterlassen. Und selbst wenn die militärische Lage anders wäre als wie sie ist, so will die Arbeiterschaft andere als militaristische Methoden der auswärtigen Politik. Sie will eine ehrliche, wirtschaftliche Verständigung, die einen wirklichen Wiederaufbau ermöglicht, und nicht jede Chance dazu vernichtet.

Gegen den deutschen Fascismus.

Forderungen eines oberschlesischen Betriebsrätekongresses

In Oberschlesien versuchen die Nationalsozialisten einen Brennpunkt ihrer Agitation zu schaffen. Sie gehen dabei planmäßig vor. Von allen Seiten werden ihre Anhänger zusammengezogen, Banden organisiert, die bewaffnet durch Versammlungsterror und jede nur mögliche Ausschreitung die Bevölkerung terrorisieren. Die Behörden sind, wie allgemein geklagt wird, merkwürdig untätig und reserviert. Jetzt hat in Oberschlesien ein allgemeiner Kongreß der Betriebsräte sich ausdrücklich gegen das Treiben der Nationalsozialisten gewandt. Mit Rücksicht auf die Ausschreitungen und die Unfähigkeit der Behörden faßte der Kongreß einen Entschluß, in dem er die Verhältnisse für unhaltbar erklärt und in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften die Einsetzung eines Reichskommissars mit diktatorischer Machtvollkommenheit fordert, der gemeinsam mit den Betriebsräten und Organisationsvertretern die Durchführung der Gesetze zum Schutze der Arbeiterschaft und der Republik überwacht und in der Lage ist, weitere Anordnungen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu erlassen. Insbesondere sollen alle Organisationen, die offen die Republik mit illegalen Mitteln bekämpfen, sofort aufgelöst und ihre Führer aus Oberschlesien ausgewiesen werden. Für den Fall, daß die Behörden mit dem Bandenwesen nicht aufräumen, hat sich der Kongreß entschlossen, Vorbereitungen zu treffen für eine besondere Organisation aus organisierten Arbeitern.

Das Programm der Aktion.

Paris, 10. Januar. (WTB.) Der diplomatische Mitarbeiter der Havasagentur meldet, daß, nachdem die Reparationskommission gestern vormittag die „beabsichtigte Verfehlung Deutschlands bei den Kohlenlieferungen festgestellt" habe, die französische Regierung der deutschen Regierung ihre Maßnahmen aus Anlaß der nicht erfolgten Lieferungen in Holz und Kohle mitteilen wird. Diese Sanktionen umfaßten die Kontrolle der Staatsbergwerke und der Dominialforsten. Die belgische Regierung, die solidarisch mit der französischen in der Anwendung dieser Maßnahmen sei, werde denselben Schritt unternehmen. — Ein Morgenblatt erfährt, daß die vorgesehenen Maßnahmen wenige Stunden vor der Notifizierung ausgeführt würden. — Der „Petit Parisien" bestätigt, daß die Ausführung der Maßnahmen am Donnerstag vormittag zu erwarten sei. Es würden durch französische und belgische Truppen einige wichtige Punkte des Ruhrgebiets besetzt werden und es sei kein Geheimnis, daß es Hauptzweck dieser Truppenbewegung sei, die Ueberwachung des Bezirks Essen sicherzustellen. Es verstehe sich aber von selbst, daß die alliierten Truppen nicht auf das ganze Labyrinth der Fabriken und Bergwerke verteilt werden sollen. Zu gleicher Zeit würden die französischen, belgischen und italienischen Ingenieure sich nach den Punkten begeben, von denen aus die Beförderung der Kohlen erfolge, nicht etwa, um die Leitung der Arbeiten zu übernehmen, sondern um eine Ueberwachung zu organisieren. Es sei wahrscheinlich, daß einige wichtigere Pfänder für nötig gehalten werden würden, wenn die Reparationskommission vor dem 15. Januar Deutschland ein Moratorium bewilligen sollte. Die Pfänder, die die französische Regierung jedenfalls empfehlen werde, seien von gleicher Art wie diejenigen, deren Besitznehme sie auf der Pariser Konferenz begründet. Sie empfehle

Beschlagnahme der Zolleinnahmen im Rheinland und im Ruhrgebiet;

Abgabe eines gewissen Prozentsatzes von Devisen für die Ausfuhr;

Beschlagnahme der Kohlensteuer.

Letzte Erpressungen vor dem Einmarsch.

Essen, 10. Januar. (TU.) Auf den Zechen treten die französischen Kohlenkommisionen sehr scharf auf. Insbesondere bemängeln sie die Gewichte, die zu gering seien. Ebenso wollen sie nur reinste Kohle ohne Zusatz von Stein haben, was technisch überhaupt nicht durchführbar ist.

Bochum, 10. Januar. (Mtb.) Bei Duisburg wurde eine Autogarage für 300 Lastkraftwagen und die Errichtung eines großen Barackenlagers angefordert. Für heute nachmittag hat die Oberbürgermeister von Bochum die Stadtverordneten einberufen, um über die Maßnahmen zu sprechen, die zu treffen sind, falls auch Bochum besetzt werden sollte.

Beschlagnahme von Eisenbahnwaggons.

Elberfeld, 10. Januar. (TU.) Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion fordert die Interalliierte Kommission die Gestellung einer großen Anzahl von Zügen für militärische Transporte. Die internationalen Züge, die Kohlenzüge für die Entente, die Arbeiterzüge, möglichst auch die Personenzüge sollen beibehalten werden.

Die Beschlagnahme der Kraftwagen.

Düsseldorf, 10. Januar. (Mtb.) Bei der Vorführung der Kraftwagen in der aus deutschem Gelde erbauten Kaserne der französischen Republiktruppen „Napoleon" hat nach Anordnung des Besatzungsgenerals Simon der Oberbürgermeister oder ein von ihm bestimmter Vertreter zugegen zu sein. Wer dem Befehl der Vorführung nicht nachkommt, wird neben der Beschlagnahme der Wagen mit der Stellung vor das Kriegsgericht bedroht. Viele Kraftwagen wurden an der Grenze des Gebietes des Brückenkopfes von französischen Wachen angehalten und nach dem Hauptquartier zurückgeleitet.

Pariser Telegraphisten ins Elsaß.

Paris, 10. Januar. (TU.) Eine größere Anzahl Telegraphisten und Telephonisten sind gestern nach dem Elsaß abgereist, um dort Beamte zu ersetzen, die ins Ruhrgebiet geschickt wurden.

Kundgebungen im Reiche.

Stuttgart, 10. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Im Finanzausschuß des Württembergischen Landtages erklärte der Staatspräsident Hieber heute u. a.:

„Noch nie befand sich seit Beginn des Krieges Deutschland in einer so schweren Lage wie jetzt, Frankreich ist im Begriff, seinen längst gehegten Plan, die wirtschaftliche und politische Vernichtung Deutschlands, zu verwirklichen. Das deutsche Volk ist wehrlos gegenüber solchen Verletzungen. Wir können nur unser heiliges Recht auf unser deutsches Land und unser Leben geltend machen und es den anderen Völkern zum Bewußtsein bringen. An uns liegt es jetzt, in ruhiger Entschlossenheit den neuen französischen Plänen, die nur mit Gewalt durchgeführt werden können, unseren geschlossenen Willen, uns nicht beugen und uns nichts absprechen zu lassen, entgegenzusetzen. Darin darf sich die Württembergische Regierung mit dem Württembergischen Landtag, dem württembergischen Volke und der Reichsregierung eins fühlen. Gegenüber dieser Pflicht zur Geschlossenheit sollte aller Parteihader ruhen! Wir gedenken besonders unserer, unter dem Druck der Fremdherrschaft stehenden und nun neuen, schweren Prüfungen ausgesetzten Brüder an der Westgrenze des Vaterlandes. Wir wissen uns eins mit ihnen in der Treue zum Reich und geloben den Bedrängten erneut unsere Treue. Keine Gewalt der Erde kann die deutsche Einheit und unser gutes Recht vernichten."

Die Erklärung des Staatspräsidenten fand die einmütige Zustimmung des Ausschusses.

Saarbrücken protestiert.

Saarbrücken, 10. Januar. (WTB.) Die Stadtverordnetenversammlung hat auf Antrag Schäfer (Soz.) folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die auf das Ruhrgebiet gerichteten Pläne Poincarés erfüllen infolge ihrer Vertragswidrigkeit und katastrophalen Wirkung auf die Wirtschaft und die Lebenshaltung des deutschen Volkes auch die Bevölkerung des Saargebietes mit größter Sorge. Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich daher dem weit über die Grenzen Deutschlands hinausgehenden Einspruch gegen diese Gewaltpolitik an und spricht ihren schwer bedrohten Volksgenossen im Ruhrgebiet sowohl als im ganzen Reiche die Versicherung aus, daß alle Drohungen gegen Deutschland in gleichem Maße auch gegen das mit allen Fasern mit ihm verbundene Saargebiet gerichtet sind.

Amerikanische Stimmen.

New York, 10. Januar. (WTB.) „New York World" schreibt: Marschall Foch hege die Hoffnung, die deutschen Arbeiter durch hohe Löhne und billige Nahrungsmittel bestechen zu können. Er könne aber kaum erwarten, ganz Deutschland bestechen zu können. Das amerikanische Volk hoffe, daß die amerikanischen und englischen Truppen den Rhein gleichzeitig verlassen würden und es würde sich darüber freuen. Dann würde das französische Volk die Bedeutung des politischen und wirtschaftlichen Fehlers und die Verblendung der französischen Staatsmänner begreifen. Der „New York Herald" nennt die antienglische Politik Belgiens eine große Undankbarkeit gegen England. Belgien sei während des Krieges durch England gerettet worden.

Unsere neue „Kaiserin". „Kaiserin Hermine hat dem schlesischen Verbande der Vaterländischen Frauenvereine für das Breslauer Augusta-Hospital 800 000 M. zur Gewährung von Freibetten insbesondere anhilfebedürftige Kranke des Mittelstandes überwiesen und außerdem eine Summe jährlich als „Kaiserin-Hermine-Wohlfahrtsfonds" bereitgestellt." So meldet die „Deutsche Zeitung".

Die Nutte im Dichtermund.

Von Egon H. Straßburger.

Es ist wohl nicht anzunehmen, daß Nutte von Nute (Vertiefung, Rinne an einem Gerät, um etwas Passendes aufzunehmen) kommt, im deutschen Sprachgebrauch — Richtung Goethe, Lessing, Wieland — existiert das schöne Wort nicht. Vielleicht verdankt es einer Zufälligkeit, einer Weinlaune oder einem Scherz seine Entstehung; ähnlich, wie Berlin nun ein neues Wort seinem Lexikon einverleibt hat: „motzeln"; motzeln kommt von Motz-Straße, woselbst die kleinen Damen am Abend hastig auf und ab gehen...

Unter Nutte versteht der Berliner das Mädchen, das ohne unter Sitte zu stehen, erotische Zufallsgeschäfte abschließt; zur Nutte zählt er die Mädchen aller Stände, ganz gleich, ob sie in Pelz einhergehen oder im schäbigen Kleid. Die kleine Dame pfeift jedenfalls auf Moral, hat wenig ästhetisches Empfinden, und sie ist vor allem genügsam und nicht wählerisch. Nutten gab es auch im Mittelalter schon, aber man hieß sie damals anders: Mädchen, die an der Unehre saßen... Saßen...? Bei uns sind sie stets in Bewegung: perpetuum mobile.

Die Gassenhauer haben alle möglichen Poesien erfahren; tausendfache Nuancierungen, Gassenstimmungen, Asphalt-Akustik ... vom lachenden Glück in der Mansarde bis zu Frühlings Erwachen, draußen im einsamen Gelände unter Amors Assistenz! Große summten, Kleine sangen es und der Portokassenjüngling pfiff es auf seinen Geschäftsgängen, die Komponisten erhielten von gefühlsvollen Textdichtern Inspirationen und der Siegeszug eines „Warum denn weinen, wenn man auseinandergeht?" ging durch die ganze Welt. Der Operetten-„Bazillus" hat immer guten Boden gehabt. Die einen nennen die Schlager Krankheitskeime, die Mehrzahl entscheidet sich für Grazie, Rhythmus, Humor und Schwung.

Jedes Gefühl erhielt kompositorische bzw. dichterische Würdigung, nur die Beziehung des Jünglings zur Nutte hat bisher noch keine künstlerische Wertung und Kristallisierung gefunden.

Aber siehe da, dem dringendsten Bedürfnis abzuhelfen, ward uns in diesen Tagen ein Dichter und ein Komponist geboren, die beide auch dieses Manko beseitigten.

Ein Reklameblatt ist mir zugeflogen:

„Die Nutten
Bereits bei der Premiere siebenmal stürmisch und begeistert wiederholt ..."

Eine Operette in einem Akt, gesungen in einem großen Etablissement ... offenbar stehend, wie wohl dereinst, da Wilhelm II. mit Feldherrnblick im Kreise seiner Helden „Heil dir im Siegerkranz" anhörte.

„Das sind die Nutten von Groß-Berlin,
Vom Spittelmarkt und von der Tauentzien,
Ja so 'ne Nutte hat doch stets was los,
Ach so 'ne Nutte ist ein Wonneklotz!"

Ich kann mir denken, daß nach diesem Riesenerfolg der Dichter mit dem Komponisten, dem Verleger, dem Drucker und dem Direktor selig gebechert haben; daß einer dem anderen zuraunte: „Wir haben es geschafft ... der eine verkauft Filzschuhe, der zweite verschiebt Gummimäntel, der dritte macht in Börse, wir machen in Poesie." Und ich kann mir weiter denken, daß die Gattin des einen oder des anderen gleich Wünsche aussprach: Nutten-Pelze, seidene Strümpfe, Schinken, Schreibtischgarnitur, Rehkeule oder Ausflüge nach Krummhübel oder gar nach — der Schweiz!

Jetzt nur Reklame! Die Niederungen auf dem Gebiete des Geschmacks sind da; die Tauentzienstraße, die Friedrichstraße und die Tanzbunfe haben das Lied längst ersehnt ... es lag so etwas wie diese Poesie in der Luft und auf dem Asphalt... Es hat lange gewährt. Ehre sei Gott in der Höh': auch die Nutte kam zu ihrem Recht... Die Nutte lächelt beglückt, die Nutte steigt im Wert, steigt im Preise, und auf die Stirne eines gottbegnadeten Dichters (er hat das Recht, mit Heine zu konkurrieren, denn er wird populärer als er) senkt sich der Lorbeer.

Nicht nur für die Musen, auch für die Kulturdokumente haben Nuttendichter und Nuttenkomponist etwas getan ...

Nobelpreis! Kleistpreis! Schillerpreis! Nuttenpreis!

Eine Schnitzler-Aufführung des Bildungsausschusses. Artur Schnitzler ist voriges Jahr 60 Jahre alt geworden, und so kann man die Anatol-Aufführung, die der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin ihm widmete, als eine nachträgliche Ehrung buchen. Während des Krieges ist Schnitzlers leichte, graziöse Kunst in Deutschland vielfach verpönt gewesen, sie paßte nicht zum nationalen Bardenton. Der Lärm um den „Reigen", diese melancholische Satire auf den Sexualtrieb, hat ihn vollends in ein schiefes Licht gerückt. Und so war es wohl an der Zeit, daß das Problem Schnitzler von einem Kenner, der den spezifischen Sinn für Schnitzler und gleichzeitig doch Distanz zu ihm hat, nachgeprüft wurde. Der Wiener Richard Specht hat dem Dichter und seinem Werk eine eingehende Analyse gewidmet (im Verlag S. Fischer, Berlin). Er fühlt sehr wohl, daß Schnitzler der Ausläufer einer Kultur ist, die heute schon irgendwie der Vergangenheit anzugehören scheint. Aber solange nichts Stärkeres und Lebensfähigeres an seine Stelle getreten ist, will er Schnitzler lieben, als „einen Geigenton Hebbels, ein Lächeln Ibsens ... die feinste Essenz der österreichischen Landschaft, des österreichischen Geistes und der österreichischen Kultur". In diesem Sinne hat auch der Bildungsausschuß Schnitzler ehren wollen. Wenn ein Tendenzbär also fragen sollte, was denn diese kleinen Skizzen, die nur für einen ganz kleinen Wiener Kreis — 1890 — einmal typisch waren, diese erotischen Abenteuer eines überfeinerten Aestheten mit einem Stich in melancholische Uebersättigung den arbeitenden Menschen von heute angehen, so hat auch dafür der Apologet Specht die Antwort. Gewiß, auch er hätte (wie wir) lieber die stärkere „Liebelei", worin sich ein Schicksal gestaltet, gesehen (sie war nur nicht freizubekommen). 1890 waren diese kleinen, heiteren Dialoge aber eine Tat. „Jetzt genießt man — so führt Specht aus — nur den Charme, die Leichtigkeit, den funkelnden Geist dieser Dialoge und rechnet dem Dichter die Kämpfe gar nicht mehr an, die er mit der Bornriertheit, der Konvention, der kritischen Sittenpolizei auszutragen hatte".

Die Darstellung der vier ausgewählten Anatolszenen unter der Spielleitung Gustav Charlés im Neuen Theater am Zoo" hatte die rechte Melodie. Das Milieu war stimmungsvoll gewählt, und leicht glitten die Dialoge dahin. Max Bing war ganz der melancholisch angehauchte, sinnenverfeinerte Genußmensch, nur einen Hauch mehr wienerisch hätte er sein dürfen.

Sein zweites Ich, sein verstandesklarer, nüchterner Gesprächspartner Max bekam durch Fritz Kampers Gestalt. Das süße Mädel wurde in jeder Szene von einer anderen Schauspielerin gegeben: Cora in der „Frage an das Schicksal" war die sanfte Margit Kurcz, Ilona im „Hochzeitsmorgen" die rassige Dolores Gottinger. Im „Abschiedssouper" wird die Annie, die Anatol den Laufpaß gibt, sonst auch von bedeutenderen Darstellerinnen derb und resolut gespielt, Gertrud Richard lieh ihr die heute passendere Figur eines schlanken Tanzgirls. —r.

Schmuck des Sitzungssaales des Reichswirtschaftsrates. Für den Schmuck des neuen Sitzungssaales im Gebäude des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates in der Bellevuestraße hat auf Vorschlag des Reichskunstwarts der Bildhauer Bocke die Schaffung einer Folge von Glasfenstern in Auftrag erhalten. Für das Mittelfenster des Saales entwarf Bocke einen Reichsadler, dessen Gestaltung an diejenige Schmidt-Rottluffs anklingt, mit der Beischrift: „Einigkeit, Recht, Freiheit". In den übrigen 8 Fenstern erscheinen die Wappen der deutschen Staaten, zu Gruppen vereinigt, in farbig wirkungsvoller Darstellung. Die Glasfenster kommen zurzeit in den Werkstätten von Gottfried Heinersdorff in Berlin-Treptow zur Ausführung.

Wildbret von heute. „Wenn man heute in den niederrheinischen Städten durch die Wildbrethandlungen bummelt und nicht gerade „Allesfresser" ist, dann wird man doch manchmal erstaunt sein, wie sehr die Not der Zeit die einst bestehenden Vorurteile bezüglich genießbar und ungenießbar verdrängt und verwischt hat." So lesen wir in einer Zuschrift des „St. Hubertus". „Daß in Süddeutschland und vor allem dort im Gebirge, schon früher Fuchs, Dachs, Eichkatze usw. verzehrt wurden, ist bekannt. Daß aber jetzt allerorts Elstern, Taucher und Säger in den freien Handel gebracht werden, ist eine Folgeerscheinung allerjüngster Zeit. Tatsächlich konnte ich in zwei Fällen feststellen, daß bei Auslagen im Schaufenster neben einem Bussard kleine Säger, Hauben- und Zwergtaucher mit über 50 Proz. vertreten waren. Erklärt wurde mir, daß sich alles sehr gut verkaufe und daß der Wildbrethändler heute durch Abschlüsse mit den Aufkäufern an der See, vor allem in Friesland und Holstein, verpflichtet sei, dieses „Wildbret" mit abzunehmen."

Die Staatliche Bildstelle veranstaltet in den Räumen des Deutschen Kunstverlages (Bild und Buch) Wilhelmstr. 69 eine Ausstellung ihrer neuen Aufnahmen württembergischer Kunstdenkmäler. Dauer: 11. Januar bis 10. Februar, wochentäglich 9—6 Uhr. Eintritt frei.

Plattdeutsch in den Schulen. Wie in „Niedersachsen" mitgeteilt wird, hat das Preußische Kultusministerium einen von Fritz Wicht entworfenen Lehrplan für Plattdeutsch veröffentlicht. Das Plattdeutsche soll in den einzelnen Unterrichtsfächern möglichst weitgehend herangezogen werden. Besonders für die Unterstufe wird es empfohlen, da das Hochdeutsch für viele Kinder Fremdsprache ist.

Neue Orden in der Republik!

Die Reichsverfassung von Weimar verbietet die Ausgabe von Orden im neuen Deutschen Reich. Aber trotzdem werden amtlich deutsche Orden unter dem Namen „Abzeichen" ausgegeben. In der „Automobil-Rundschau", Nachrichtenblatt der Kraftfahr-Offizier-Vereinigung E.V., ist zu lesen:

Stiftung eines Kolonialabzeichens.
(Reichsministerium für Wiederaufbau, Kolonialzentralverwaltung. 18. April 1922.)

Um die Erinnerungen an die Leistungen Deutschlands auf kolonialem Gebiet im deutschen Volk wachzuhalten, wird ein Erinnerungsabzeichen „Das Kolonialabzeichen" geschaffen.

Das Abzeichen kann auf Antrag allen Kolonialdeutschen verliehen (!!) werden, die während des Weltkrieges 1914/18 in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten im Interesse der Schutzgebiete tätig gewesen sind.

Gesuche um Erlaubnis zum Erwerb des Kolonialabzeichens sind zu richten:

a) von den Angehörigen der ehemaligen Schutzgebiete Deutsch-Ostafrika, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika, Togo, Deutsch-Neu-Guinea und Samoa an das Reichsministerium für Wiederaufbau (Kolonialzentralverwaltung), Berlin W. 8 Wilhelmstraße 62;

b) von den Angehörigen des ehemaligen Schutzgebietes Kiautschou an das Reichswehrministerium (Marineleitung), Kiautschoustelle Berlin W. 10, Königin-Augusta-Str. 38/42; in den Gesuchen ist neben deutlicher Unterschrift anzugeben, in welcher Kolonie sich der Gesuchsteller während des Weltkrieges 1914/18 aufgehalten hat, von wann bis wann, in welcher Eigenschaft er dort tätig gewesen ist und in welcher Beziehung er sich im Interesse der Kolonien betätigt hat.

Das Abzeichen wird auf der linken Brust unter dem Eisernen Kreuz I. Klasse getragen.

Das Wiederaufbauministerium steht unter Leitung des deutschvolksparteilichen Staatssekretärs Dr. Müller, das Reichswehrministerium unter der des demokratischen Ministers Dr. Geßler. Man kann doch unmöglich annehmen, daß ihnen die Verfassungsbestimmungen über Orden unbekannt sind. Wie gedenken sie dann die „Abzeichen-Verleihung" zu erklären?

Bayerische Richter.

Der Ermordete hat schuld!

Als die Reichswehr im Mai 1919 zur Niederschlagung der Räteherrschaft in München einrückte, wurde ein Prof. Dr. Horn, Mitglied der USPD., wegen des Verdachts der Teilnahme an dem Aufstand verhaftet. Drei Soldaten des Freikorps Epp wurden beauftragt, den Dr. H. in eine Gefangenensammelstelle zu bringen. Unterwegs tötete einer von ihnen den Verhafteten durch einen Schuß.

Die Witwe des Ermordeten nahm das Deutsche Reich auf Ersatz des ihr durch die Ermordung ihres Ehemannes entstandenen Schadens in Anspruch. Die Klage wurde zunächst erhoben vor dem Landgericht München I und in der Berufungsinstanz vor dem Oberlandesgericht München. Beide Gerichte versagten der Witwe vollen Schadensersatz aus Gründen, die recht seltsam anmuten. Professor Dr. H. hatte — nach dem Urteil jener bayerischen Richter — die Gefahr, gewaltsam getötet zu werden, selbst herausgefordert. Wodurch? Dadurch, daß er Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei war und insbesondere (!) einen Vortrag über die „Revolutionierung der Bildung" gehalten hatte!! Im Frühjahr 1919 war es — immer nach dem Urteil jener bayerischer Richter — nicht zu vermeiden, daß mit der Wahrnehmung von Hoheitsrechten auch Personen betraut wurden, denen die dazu erforderliche Charakterstärke fehlte, deren sittliche Begriffe sich unter dem Druck der Zeit verwirrten, und die sich nicht immer in den Grenzen des Rechts zu halten vermochten.

Anstatt nun aber aus diesen Tatsachen die einzig logische Folge zu ziehen, daß es sich nämlich bei der in Rede stehenden Tötung um einen gemeinen Mord handelte, wird von bayerischen Richtern dem Ermordeten der Vorwurf gemacht, er sei mitschuldig an seiner Ermordung geworden. Er habe sich durch sein politisches Verhalten selbst in die Gefahr begeben, in der er umgekommen sei.

Diese Urteile, nach denen nicht der Mörder, sondern der Ermordete schuldig ist, hat das Reichsgericht glücklicherweise aufgehoben. Das Reichsgericht drückt sich milde aus: die bayerischen Urteile seien an dem Wesen der Sache vorbeigegangen. Zur Zeit der Tat stand ein wehrloser und waffenloser Gefangener drei bewaffneten Soldaten gegenüber und einer von diesen schoß den Gefangenen meuchlings nieder. Der Witwe des Ermordeten wurde demgemäß unter Aufhebung der bayerischen Urteile voller Schadensersatz zugebilligt.

Aber wenn das Ergebnis der bayerischen Justiz in diesem Falle auch geändert wurde, so bleibt doch der Geist, der aus den Urteilen sprach. Er wirkte sich noch im Fechenbach-Urteil aus.

Die Spende des Reichspräsidenten.

Wir meldeten gestern, daß der Reichspräsident aus den ihm zur Verfügung gestellten Erträgen einer von der „New Yorker Staatszeitung" veranstalteten Weihnachtssammlung einen namhaften Betrag der sächsischen Regierung zugeführt hat. Wie wir dazu weiter hören, hat der Reichspräsident insgesamt 30 Millionen Mark an die Einzelregierungen überwiesen, wobei als Verteilungsschlüssel die Kopfzahl der Bevölkerung zugrunde gelegt wurde.

Devisenkurse.

	10. Januar		9. Januar	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	4089.75	4110.25	8921.17	8969.83
1 argentinische Papier-Peso	8855.83	8874.67	8690.75	8709.25
1 belgischer Frank	628.40	641.60	610.96	614.04
1 norwegische Krone	1895.25	1904.25	1845.87	1854.63
1 dänische Krone	2054.85	2065.15	1995.—	2005.—
1 schwedische Krone	2743.12	2756.88	2643.37	2656.63
1 finnische Mark	—	—	243.39	244.61
1 japanischer Yen	—	—	4827.90	4852.10
1 italienische Lire	498.75	501.25	481.29	488.71
1 Pfund Sterling	47979.75	48220.25	45885.—	46115.—
1 Dollar	10234.35	10265.65	9975.—	10025.—
1 französischer Frank	702.24	705.76	665.83	669.17
1 brasilianischer Milreis	—	—	1087.27	1092.73
1 Schweizer Frank	—	—	1870.51	1879.69
1 spanische Peseta	—	—	1541.13	1548.87
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	14.06	14.14
1 tschechische Krone	—	—	267.33	268.67
1 ungarische Krone	—	—	3.53	3.61
1 bulgarische Lewa	—	—	61.59	61.91
1 jugoslawischer Dinar	—	—	100.74	101.26

Müll im Park.

Die Abfuhrkosten eines Eimers Brikettasche = 25 Mark.

Die Kosten für die Müllabfuhr werden immer gewaltiger. Schon jetzt sind die Kosten so hoch, daß die Entfernung eines gewöhnlichen Mülleimers voll Brikettasche etwa 25 Mark kostet. Wo es irgend angeht, beispielsweise in Vororten mit ländlichem Charakter, entfernen zahlreiche Mieter schon selbst den Müll durch Vergraben oder befördern ihn heimlich nach „wilden" Müllabladestellen. Je weiter hinaus der Transport der behördlichen oder privaten Müllabfuhr mit Kähnen oder mit der Bahn geht, um so höher stellen sich natürlich die Kosten. Deshalb nimmt die Idee, in der Not zu der früher geübten Praxis zurückzukehren und mächtige Müllberge als später zu bepflanzende Anhöhen innerhalb des Groß-Berliner Weichbildes erstehen zu lassen, bereits festere Gestalt an. Damit haben sich in früheren Zeiten zahlreiche andere deutsche Großstädte geholfen. So ist der mit dem Völkerschlachtdenkmal gekrönte Scherbelberg bei Leipzig, wie schon der Name andeutet, einst ein großer Müllberg gewesen. Für Groß-Berlin denkt man dabei an flache Parkanlagen und Heiden, so an den Treptower Park, den Plänterwald, die Königs-, Jugfern- und Wuhlheide. Den Parkanlagen würden Anhöhen, die auf diese Weise geschaffen werden, bald einen neuen Reiz verleihen. Man müßte natürlich die Müllabfuhr unter allen hygienischen Vorsichtsmaßnahmen, bei Parkanlagen nur während des Winter besorgen und dann bei Frühjahrsbeginn die Oberfläche der Anhöhe sofort mit guter Erde abdecken, um den Nährboden für Baumanpflanzungen zu schaffen. Kleine Unannehmlichkeiten, die dabei zunächst entstehen, müßten in Anbetracht des großen Zieles schon mit in den Kauf genommen werden. Für die Abfuhr nach den Heiden vereinfacht sich noch die Sache durch die bedeutend größere Bodenfläche.

Mädchenmord auf der Burgruine Desenberg.

Der Täter in Berlin gesucht.

Auf der Burgruine Desenberg in Westfalen war ein junges Mädchen erschossen aufgefunden worden. Weil man am Fundort keinerlei Waffe entdeckte, mußte mit einem Verbrechen gerechnet werden, und alle Behörden, so auch die hiesige Kriminalpolizei, wurden benachrichtigt. Die Ermittlungen haben jetzt diesen Leichenfund aufgeklärt. Unter dem Verdachte des Mordes wird der am 16. März 1900 in Duisburg geborene Kaufmannslehrling Albert Zangehni in Berlin gesucht. Dieser junge Mann sollte im Dezember v. J. für seinen Onkel, bei dem er sich aufhielt, einem Holzhändler in der Landsberger Allee 800 000 Mark einzahlen. Er unterschlug das Geld und entfloh. Wie festgestellt wurde, wandte er sich nach Frankfurt a. d. O. und lernte dort die 19 Jahre alte Tochter Marie eines Hotelbesitzers Sch. kennen. Am 18. Dezember entführte er das Mädchen und seine Spur war nun zunächst verschwunden. Da kam von Warburg in Westfalen aus der Neujahrsnacht die Meldung von dem Leichenfund auf der Burgruine Desenberg. Das erschossene Mädchen wurde als Marie Sch. festgestellt. Der Täter konnte niemand anders sein als der flüchtige Langebni. Wahrscheinlich ist dem Mädchen die Flucht mit dem jungen Manne leid geworden. Das Paar hat dann den Plan gefaßt, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Langebni hat die Entführte erschossen, aber wohl selbst nicht den Mut gehabt, ihr in den Tod zu folgen. Wie die weiteren Ermittlungen ergaben, ist er nach Berlin zurückgekehrt. Hier hat er am 2. Januar Abschiedsbriefe, die von beiden geschrieben und an die Eltern gerichtet waren, in einen Briefkasten gesteckt. Am nächsten Tage hat er dann noch einen anderen Brief an den Hotelbesitzer in Frankfurt a. d. Oder geschrieben. Langebni ist etwa 1,76 Meter groß und kräftig, hat schwarzes hochstehendes Haar und ein bartloses Gesicht und trägt einen dunklen flauschigen Winterüberzieher mit Samtkragen und ein graues Jackett. Angaben zu seiner Ermittlung nimmt Kriminalkommissar Nasse im Polizeiamt Prenzlauer Berg entgegen.

Der Profit gefährdet.

Unter dieser Ueberschrift hatten wir darauf hingewiesen, daß der aufgeregte Kampf des Berliner Kohlenhandels gegen die Brennstoffzentrale G.m.b.H. nach unserer Ueberzeugung darauf zurückzuführen ist, daß der Kohlenhandel eine kommunale Kohlenhandlung nicht dulden will. Die Arbeitsgemeinschaft des Berliner Briketthandels schreibt uns:

„Wir wissen uns mit dem gesamten Berliner Kohlenhandel eins, wenn wir versichern, daß wir gegen die Existenz einer kommunalen Kohlenhandlung absolut nichts einzuwenden haben würden, wenn dieser städtische Betrieb genau denselben Vorschriften und Verordnungen unterliegt wie der private Handel. Solange nicht gleiches Recht für alle gilt, werden wir uns mit aller Schärfe und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln gegen diese Bevorzugung zur Wehr setzen."

Das bisherige Auftreten des Berliner Kohlenhandels widerspricht dieser Versicherung absolut. Wozu dann der Hinweis auf die angeblich nicht vorhandene Handelserlaubnis? Wozu die Forderung, daß die Kundenliste der BBZ. zurückgezogen und diese nur den Einkauf der Kohlen für die Städtischen Werke betreiben soll. Diese Forderungen sind doch vollkommen unverständlich, wenn man gegen die Existenz einer kommunalen Kohlenhandlung nichts einzuwenden hat. Daß eine solche kommunale Kohlenhandlung keine Vorzugsstellung einnehmen darf und denselben Vorschriften und Verordnungen unterliegen muß wie der private Handel, halten auch wir für selbstverständlich. Es ist bisher auch nicht der geringste Nachweis erbracht worden, daß diese Selbstverständlichkeit nicht beachtet wurde. Sollten sich auf diesem Gebiet irgendwelche Mißstände herausstellen, so werden wir jederzeit für ihre Abstellung eintreten. Vorläufig müssen wir uns daran halten, daß die öffentlich proklamierten Forderungen des Kohlenhandels ganz deutlich von dem Willen getragen sind, eine kommunale Konkurrenz neben sich nicht zu dulden.

Der Vorschuß auf die Betriebskosten.

In Nr. 614 des „Vorwärts" ist über die Miethöhe im Januar geschrieben worden. Zum Schluß war der Wunsch ausgedrückt, daß für den neu eingeführten Vorschuß auf die Betriebskosten, die jetzt am Ende des Vierteljahres auf die Mieter nach dem Verhältnis der Grundmieten umgelegt werden sollen, ein runder Betrag festgesetzt werden möchte. Tatsächlich ist nun der Magistrat in seiner Bekanntmachung vom 30. v. M. von der Festsetzung des Wohnungsausschusses, die als Vorschuß einen Betrag in Höhe der 17,2fachen Grundmiete ergab, abgewichen und hat als Vorschuß rund die 15fache Grundmiete beschlossen. Danach fallen der Mieterschaft drei Leistungen im voraus zur Last:

1. Die Grundmiete (g), das ist 1 g;
2. 760 Prozent g oder die 7,6fache g als Summe der feststehenden Pauschalsätze für Hypothekenzinsen, Verwaltungskosten und laufende Notreparaturen;
3. 15 g als Vorschuß auf die Betriebskosten.

Die Summe der drei Vorausleistungen ergibt den Betrag von 23,6 g oder 18,8 f.

Da der Mieter die Beträge unter 1—3 in einer Summe zahlt, so wäre es gerade wesentlich gewesen, die Schlußsumme rund herauszurechnen, d. h. einen solchen Betrag als Vorschuß gemäß Ziffer 3 festzusetzen, der unter Hinzurechnung des Betrages unter Ziffer 2 eine runde Sume ergibt. So etwa, wenn der Vorschuß auf 16,4 g festgesetzt wäre, was in Summe eine Vorausleistung von 1 g plus 7,6 g plus 16,4 g, mithin 25 g oder 20 f ergeben hätte. Der Vorteil einer solchen Rechnung ist offenbar, denn es haftet in jedem Gedächtnis, wenn es heißt, zunächst ist eine 20fache Friedensmiete zu zahlen und am Ende des Quartals, was zur Deckung der Betriebskosten noch fehlt.

3 Milliarden Telephongespräche im Jahre 1921.

Soeben wird die Statistik über das Telephon- und Fernsprechwesen für das Jahr 1921 bekannt; es wurden nach den „Verkehrsnachrichten" insgesamt 83 743 880 Telegramme befördert, dazu 9 205 060 Telegramme des öffentlichen Wetterdienstes. Das Deutsche Reich verfügte über 47 401 Telegraphenanstalten, so daß je eine Telegraphenanstalt auf zehn Quadratkilometer und 1242 Einwohner entfällt; die Gesamtlänge der Telegraphen- und Fernsprechleitungen und -linien betrug 10 170 304 Kilometer. — An Gesprächen wurden im Jahre 1921 2 422 930 310 Ortsgespräche und 547 681 380 Ferngespräche vermittelt; im ganzen waren 40 930 Fernsprechanstalten vorhanden, die insgesamt 1 062 976 Fernsprechteilnehmer mit 1 915 717 Fernsprechstellen (in den Orts-Fernsprechnetzen) bedienten; demnach kommt je eine Fernsprechanstalt auf 11,6 Quadratkilometer und 1439 Einwohner, je eine Fernsprechstelle auf 31 Einwohner, und auf jeden deutschen Staatsbürger kommen im Jahre 1,5 Telegramme und rund 50 Telephongespräche.

Verbilligung im Kraftwagenbetrieb der Post.

Die Brennstoffpreise, die im letzten Halbjahr um etwa das 30fache gestiegen sind, drohen den Kraftwagenbetrieb der Reichspost unrentabel zu machen. Die Reichspost ist daher seit Monaten bemüht, einen Ausweg aus dieser Lage zu finden. Sie sah sich dazu um so mehr veranlaßt, als sie im allgemeinen Verkehrsinteresse die wichtigeren Ueberlandverbindungen in irgendeiner Gestalt aufrechterhalten muß. Nunmehr ist ein Mittel zur Einschränkung der Kraftwagenbetriebskosten gefunden worden. Mit Hilfe eines besonderen Vergasers wird der Kraftwagen mit einem billigeren Betriebsstoff — mit Schweröl (Gasöl) — getrieben. Was das wirtschaftlich bedeutet, wird jedem klar, der sich vergegenwärtigt, daß für Leichtöl (Benzol usw.) das Vier- bis Fünffache des Gasölpreises gezahlt werden muß. Die Reichspostverwaltung beabsichtigt, in kürzester Zeit ihren gesamten Kraftwagenpark, soweit es sich um Wagen mit Verbrennungsmaschinen handelt, auf Oelbetrieb umzustellen.

Die Lage im Markthallenstreik ist am heutigen Tage unverändert. Mehrere Standinhaber haben ihre Stände geöffnet. Die erregten Streikgemüter haben sich beruhigt, denn Zwischenfälle sind heute nicht zu verzeichnen. Morgen werden wieder neue Verhandlungen stattfinden. Die Großhändlerversammlung, die gestern tagen sollte, ist auf Grund der Einwirkung des Mittelstandskartells auf zwei Tage später festgesetzt worden. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, wird die Polizei am Donnerstag mit scharfen Maßnahmen gegen streikende Händler vorgehen.

Wegen einer Rohrpost-Explosion wurde heute vormittag um 9 Uhr die Berliner Feuerwehr nach der Oranienburger Straße, Ecke Artilleriestraße, gerufen, wo im Hauptpostamt ein Kompressor der Druckmaschine der Rohrpost aus unbekannter Ursache explodiert und der Maschinist Paul Rudolph aus der Rügener Straße 11 so schwer verletzt worden war, daß man ihn sofort nach der Klinik in der Ziegelstraße bringen und dort verbinden mußte. Die Rohrpostleitung ist stark beschädigt und muß zum Teil erneuert werden, auch andere Teile des Postfuhrparkes erlitten Beschädigungen.

Die Johanniter von Sonnenburg.

Durch den glücklicherweise mißlungenen Fluchtversuch, den der Rathenau-Mörder Techow unternommen hat, ist die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf den Ort gelenkt worden, der das Zuchthaus, den Aufenthalt des Techow, birgt. Es ist das kleine märkische Städtchen Sonnenburg, einige Kilometer östlich von Küstrin, und von der neuen polnischen Grenze nicht weiter entfernt, als Potsdam von Berlin. Das Städtchen Sonnenburg hat einen ganz besonderen Ruf und Ruhm, die aber nicht von seinem Zuchthaus, sondern von dem Schloß und der Kirche ausgehen. In dem um 1030 gestifteten Johanniterorden nämlich nahm die Ballei Brandenburg (Ballei bedeutet soviel wie Provinz) von Anfang an eine ziemlich unabhängige Stellung ein, und im Jahre 1425 verlegte die Ballei ihren Hauptsitz von Werben an der Elbe nach Sonnenburg, das sie mit einem riesigen Grundbesitz von dem Markgrafen von Brandenburg kaufte. Zwar erfolgte 1810 die Aufhebung des geistlichen undOrdens, aber 1812 wurde der Orden zum Andenken neu gestiftet, und 1852 machte Friedrich Wilhelm IV. aus ihm eine adlige Gesellschaft zur Gründung von Krankenhäusern und zur Krankenpflege, als welche er auch heute noch besteht. Der letzte Herrenmeister war Prinz Eitel Friedrich, der Sohn des geflüchteten Milliardärs von Doorn. Im Frieden fand alle zwei Jahre Ende Juni ein großes Ordensfest mit „Ritterschlag" statt, das unter Entfaltung eines bedeutsamen altertümlichen Pomps und Zeremoniells gefeiert wurde. Der Zug der Ritter bewegte sich dann vom Schloß zur Ordenskirche und von dort zum Schloß zurück. Und in dieser Zentrale des ostmärkischen Feudaladels, nur 30 Kilometer von der polnischen Grenze, liegt das Zuchthaus, in das man Techow gebracht hat.

303 Gerettete eines gestrandeten deutschen Dampfers. Aus Miami (Florida) wird gemeldet: 303 Passagiere des deutschen Dampfers Holsatia, der bei Carysfort (?) gestrandet ist, wurden von einem französischen und einem amerikanischen Dampfer an Bord genommen und werden voraussichtlich heute in Havanna eintreffen. Es wird versucht, das gestrandete Schiff wieder flott zu machen. — Der Transportdampfer Tourville meldet, er habe den größten Teil der überlebenden Mannschaft des Schiffes Winh Long, das durch Feuersbrunst zerstört worden sei, an Bord genommen, um sie nach Toulon zu bringen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, jedoch sehr bewölkt mit wiederholten Regen-, Graupel- oder Schneeschauern und frischen westlichen bis nordwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Arbeitsgemeinschaft Verfassungskursus. Donnerstag, den 11. Januar, abends 7½ Uhr, in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. Referentin: Genossin Klara Bohm-Schuch, M. d. R.

99. Abt. Die für heute abend angesetzte Versammlung findet nicht in der Juristischen Sprechstunde, sondern im Jugendheim statt.

Sport.

Der Kampf um die Weltergewichtsmeisterschaft, der gestern im Sportpalast ausgetragen wurde, brachte einen raschen Sieg Ernst Grimms über Naujoks. Der Kampf wurde überraschenderweise bereits in der 1. Minute der zweiten Runde durch einen rechten Haken Grimms entschieden, der Naujoks zu Boden warf. Naujoks erhob sich, ging aber wieder nieder, erhob sich wieder bei neun und wurde durch einen neuen Schlag Grimms endgültig erledigt. Es folgte ein Kampf Sasse—Kinsicher (München), der Sasse den Sieg nach Punkten brachte, wobei sich Kinsicher aber als ein sehr beachtenswerter Gegner erwies. Von den vorhergehenden Kämpfen blieb der zwischen Volkmer und dem sympathischen Hugentobler-Stuttgart unentschieden. Das gleiche Ergebnis hatte der ausgezeichnete Kampf der leichtesten Gewichtsklasse Erich Kohler gegen Schmidt-Hannover. Im Kampf Seybold—Kröger-Hamburg blieb Kröger Sieger nach Punkten.

Gewerkschaftsbewegung

Achtstundentag und Textilindustrie.

Max Cohen-Reuß hat seine Einwände gegen den Achtstundentag in einer Broschüre zusammengefaßt. Darin wird u. a. dargelegt, daß es fraglich, meist sogar unwahrscheinlich sei, daß eine Intensitätssteigerung der Arbeitsleistung infolge des Achtstundentages überall erfolgen werde. Das hänge in hohem Maße davon ab, ob bei der Herstellung des Produkts die Haupttätigkeit durch Maschinen oder durch Arbeiter erfolgt. „Im letzteren Falle ist es natürlich sehr viel eher möglich, die Arbeitsintensität zu steigern, da sie von arbeitenden Menschen selber abhängt. Wird die Hauptarbeit indes von der Maschine geleistet, so liegen die Dinge viel schwieriger; dann läßt sich nämlich eine wesentlich gesteigerte Arbeitsintensität nur durch technische Verbesserungen erreichen, so wie in sehr vielen Gewerben, besonders überall da, wo, wie in der Textilindustrie, die Hauptarbeit durch automatische Maschinen vollzogen wird."

Demgegenüber verweist der „Textil-Arbeiter", das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, darauf, daß die Hauptarbeit in der Textilindustrie zwar von der Maschine besorgt wird, jedoch nur unter angestrengter Tätigkeit des Arbeiters. Die Tätigkeit des Arbeiters ist darauf gerichtet, den fortgesetzten Lauf der Maschine zu ermöglichen und ist auf die Bedienung einer Anzahl von Maschinen eingestellt, welche diese Tätigkeit vollauf beanspruchen. „Läßt die Tätigkeit des Arbeiters infolge Ermüdung durch überlange Arbeitszeit nach, dann werden die Stillstände der Maschinen häufiger und länger. Jede Unachtsamkeit führt zu großen Störungen und Stillständen. Aus diesem Grunde ergibt sich auch eine erhebliche Differenz in den Leistungen der einzelnen Arbeiter. In der Weberei betrug die Spannung in der Vorkriegszeit in der Leistungsdifferenz bis zu einem Drittel. Wenn die Maschinen automatisch die Hauptarbeit verrichteten, dann würden derartige große Leistungsdifferenzen bei gleicher Arbeit und gleichen Maschinen nicht möglich sein. Diese Leistungsdifferenzen ergeben sich lediglich aus der Tätigkeit des Arbeiters selbst. Aber auch die Praxis in der Nachkriegszeit nach Einführung des Achtstundentages ergab, daß die Leistungen der Arbeiter so gestiegen sind, daß sie hinter der Friedensleistung nicht mehr zurückstehen."

Daraus geht hervor, daß mancher auch über Dinge, die er nicht genau kennt, mit der angenommenen Sicherheit des Sachverständigen Gutachten abgeben und Abhandlungen schreiben kann. Um zu „beweisen", was zu beweisen war.

Ein „Chefredakteur" für Unternehmerverbände.

Beim „Lindener Lokalanzeiger" war ein junger Mann, Karl Maria Hageneier, in der Redaktion beschäftigt. Das Blatt ging ein und die Deutschnationale Partei, die den Betrieb übernahm, hatte entweder tatsächlich keine Verwendung für den jungen Mann, oder sie unterschätzte seine Gesinnungstüchtigkeit. Der junge Mann mußte sich also nach etwas anderem umsehen und kam unter die „Gelben", an die „Deutsche Arbeiterzeitung". Aber auch da wurde er entlassen, weshalb er sich „selbständig" machte. Er ernannte sich zum Chefredakteur mit 23 Jahren und gründete einen „Informationsdienst" für Unternehmervereinigungen, gegen die Arbeiter. Bei den „Gelben" hat der Mann offenbar gelernt, was zu dem Betrieb gehört. Er bezeichnet seinen „Kritischen Informationsdienst" als vertraulich, erzählt den Unternehmern, daß dessen Mitteilungen als eine große Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung betrachtet würden und daß man ihn zu Unrecht verdächtige, er wolle seine als „langjähriges Gewerkschaftsmitglied" im Dienste der Gewerkschaften (der Gelben) erworbenen Kenntnisse für die Unternehmer verwenden. Da der junge Mann es verstanden zu haben scheint, einige Unternehmer für sich zu interessieren, sah sich unser Parteiblatt in Hannover, der „Volkswille", zu diesen Feststellungen veranlaßt.

Tarifvereinbarung im Bankgewerbe.

Gestern nacht kam nach Mitteilung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten folgende Vereinbarung mit den Tarifparteien zustande: „Die vorläufigen Januarbezüge betragen das 4½fache des Schiedsspruches vom 12 November 1922. Dadurch wurden 32 Proz. der Januarteuerung, gemessen an der Reichsindexziffer, abgegolten. Die Kinderzulage wird allgemein auf 7000 M. erhöht. Der Sonderzuschlag für überteuerte Orte in Höhe von 2½, 5, 7½, 10 und 12½ Proz. vom tariflichen Monatsgehalt einschließlich Kinderzulage, aber ausschließlich Haushalts- und Besatzungszulage, gelangt ab 1. Januar 1923 zur Auszahlung."

Lohnkampf der Tapezierer.

Die Tapezierergehilfen Groß-Berlins haben sich vergeblich bemüht, mit den Arbeitgebern zu einer Verständigung über die Januarlöhne zu gelangen. Sie forderten einen Zuschlag von 30 Proz. auf die Dezemberlöhne, während die Arbeitgeber zunächst überhaupt keine Neigung bekundeten, auf eine Lohnerhöhung einzugehen und schließlich nicht mehr als 10 Proz. bewilligen wollten. Der von den Vertretern der Arbeiter angerufene Schlichtungsausschuß fällte einen Spruch, nach dem für die Zeit vom 6. bis 15. Januar eine Lohnerhöhung von 17½ Proz. und für die Zeit vom 16. bis 31. Januar eine solche von 32 Proz. zu gewähren ist. Hiernach würde der Höchstlohn von 431,25 M. bis zum 15. Januar auf rund 400 und vom 16. bis zum 31. Januar auf 450 M. steigen.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen wurde von Müller in einer Versammlung im Gewerkschaftshaus eingehend berichtet.

Die anschließende Aussprache bekundete eine große Mißstimmung über das ablehnende Verhalten der Arbeitgeber und den Schiedsspruch, der noch nicht einmal 30 bis 35 Proz. des Reallohns der Vorkriegszeit bedeutete. Schließlich lehnte die Versammlung den Schiedsspruch einstimmig ab.

Müller erklärte hierauf, daß die Organisationsleitung nunmehr den gebotenen Weg einschlagen werde. Die Kollegenschaft möge inzwischen keine Sondervereinbarungen mit den Arbeitgebern treffen, aber auf den Ruf und die Anordnungen der Organisation achten.

Lohnbewegung der Wachangestellten.

Nach Abschluß des Lohnabkommens für den Monat Januar betragen die Löhne der Separatwächter 57 000 M., der Revierwächter 58 860 M., der Kontrolleure 61 575 M. Folgende Gesellschaften haben das Lohnabkommen unterzeichnet: Berliner Wach- und Schließgesellschaft; Deutsche Wachgesellschaft; Deutsche Wachgruppen, Inspektion Oberspree; Wachgesellschaft für Berlin und Vororte; Nachtwachgesellschaft Charlottenburg; Neuköllner Wachgesellschaft; Allgemeine Wachgesellschaft des Westens; Wachgesellschaft für Berlin und Nachbarorte; Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer; Wachinstitut Hauptmann a. D. Steinweg, Harun el Raschid; Wachgesellschaft „Monopol"; Wachgesellschaft „Oculus". Alle anderen in Berlin existierenden, hier nicht genannten Gesellschaften stehen nicht mit uns im Tarifverhältnis. Sie beschäftigen unorganisierte Leute, um billige Arbeitskräfte zu haben. Wir bitten die Betriebsräte darauf zu achten, daß die Bewachungen nur von Gesellschaften ausgeführt werden, die die tariflichen Vereinbarungen innehalten.

Zimmerer!

Die beschließende Zahlstellenversammlung am 7. Januar hat den Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes vom 4. Januar angenommen. Da dem Schiedsspruch auch die Arbeitgeber zustimmten, kommt der erhöhte Lohn erstmalig am 12. Januar zur Auszahlung. Ein Antrag, der sich in schärfster Form gegen das Verhalten einzelner Arbeitervertreter während der Tagung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats vom 13. bis 15. Dezember 1922 bezüglich des Arbeitszeitgesetzes aussprach, wurde angenommen und damit den betreffenden Arbeitervertretern das größte Mißtrauen ausgesprochen. Die erhöhten Beitragssätze für die Berliner Gewerkschaftskommission fanden Zustimmung.

Einigung in der Mäntelkonfektion.

In einer Versammlung der in der Damen- und Mädchenmäntelkonfektion beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Dienstag im Gewerkschaftshaus berichtete Branchenleiter Krämer, daß die Arbeitgeber bereit seien, ab laufende Woche einen Zuschlag von 30 Proz. auf die bestehenden Löhne zu gewähren. Er habe zugesagt, der Branchenversammlung diesen Vorschlag zu unterbreiten. Der Redner kam zu dem Schluß, daß es sich angesichts der zurzeit vorliegenden Verhältnisse wohl empfehlen würde, auf das Angebot einzugehen, aber baldmöglichst neue Forderungen zu stellen. Mit dem Zuschlag von 30 Proz. würden sich die Zeitlöhne für männliche Facharbeiter auf 20 405 M., für Modellarbeiterinnen auf 13 965 M., für Jackenarbeiterinnen auf 12 860 M. und für Rockarbeiterinnen auf 9680 M. wöchentlich stellen. Nach längerer Diskussion wurde dieser Einigungsvorschlag von der Versammlung angenommen.

Der Schiedsspruch für das Berliner Baugewerbe, den das Bezirkslohnamt abgegeben hat, ist von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen angenommen worden. Der erhöhte Lohn wird erstmals am Freitag ausgezahlt.

Die neuen Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter, die um etwa 30 Proz. aufgebessert wurden, ergeben für angelernte Arbeiter der Lohngruppe 5 einen Stundenlohn von 293 M. ab 1. Januar und von 343 M. ab 16. Januar. Die Kinderzulage wurde um 5 M. und die Frauenzulage um 9 M. erhöht. Wie verlautet, hat das Reichsfinanzministerium bereits alle technischen Vorbereitungen getroffen, um zu Anfang nächster Woche die erhöhten Bezüge auszuzahlen.

Betriebsräte!

Die Vollversammlungen der Gruppen finden statt:

XI **Metallindustrie** am Montag, den 15. Januar, abends 7 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17—18.

VII **Holzindustrie** am Dienstag, den 16. Januar, abend 7 Uhr, im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96.

IV **Chemische Industrie** am Freitag, den 19. Januar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25, Saal 3.

I **Bank und Handel**, XV **Sozialversicherung**, V **Freie Berufe** am Donnerstag, den 18. Januar, abends 7½ Uhr, in den Sophien-Sälen, Berlin, Sophienstraße 17—18.

III **Bekleidungs- und Textilindustrie**, X **Lederindustrie** am Montag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, in Willes Festsälen, Berlin, Sebastianstr. 39.

VIII **Landwirtschaft**, IX **Lebens- und Genußmittelindustrie** am Dienstag, den 23. Januar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25, Saal 3.

XII **Staatliche und kommunale Behörden**, XIII **Verkehr** am Donnerstag, den 25. Januar, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4.

VI **Graphisches Gewerbe** am Mittwoch, den 24. Januar, nachm. 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1.

II **Bau- und Steinindustrie** am Mittwoch, den 17. Januar, nachm. 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4.

Tagesordnung: „Der Betriebsrat und die Betriebskontrolle". Es ist Pflicht sämtlicher Betriebsräte, in ihren Gruppenvollversammlungen zu erscheinen. Als Legitimation dient die Betriebsrätekarte und das Verbandsbuch.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Deutscher Werkmeisterverband. Berlin 17, Lederindustrie. Freitag 5½ Uhr Generalversammlung im „Alexandriner". Wichtige Tagesordnung. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Kollegen erforderlich.

Wirtschaft

Die genossenschaftlichen Tagungen im Jahre 1923.

Die diesjährigen Tagungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beginnen mit der gemeinschaftlichen Versammlung des Vorstandes, Ausschusses und Generalrats am 29. und 30. April in Göttingen. Dann folgen die Verbandstage der zehn Revisionsverbände. Am 5. und 6. Mai werden der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine in Lübeck und der Verband württembergischer Konsumvereine in Friedrichshafen (Bodensee) ihre Tagungen abhalten. Der Verband der Konsumgenossenschaften in Rheinland und Westfalen wird zum 9. und 10. Mai nach Godesberg, der Verband schlesischer Konsumvereine zu den gleichen Tagen nach Neu-Salzbrunn den Verbandstag einberufen. Am 10. und 11. Mai soll die Tagung des Verbandes süddeutscher Konsumvereine voraussichtlich in Frankfurt (Main) stattfinden, während am 12. und 13. Mai der Verbandstag des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine in Finsterwalde und der des Verbandes Thüringer Konsumvereine in Gotha abgehalten wird. Auch am 13. und 14. Mai werden zwei Verbände tagen, und zwar der der mitteldeutschen Konsumvereine in Nordhausen und der der sächsischen Konsumvereine in Meißen. Endlich findet am 26. und 27. Mai der Verbandstag bayrischer Konsumvereine in Ansbach statt.

Als Abschluß dieser Tagungen folgt der 20. ordentliche Genossenschaftstag vom 18. bis 20. Juni in Görlitz. Ihm voraus geht wie immer am 17. Juni eine Sitzung des Generalrats. An den Genossenschaftstag selbst schließen sich am 21. Juni an die 28. ordentliche Generalversammlung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. und die elfte ordentliche Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Preiserhöhung für Walzeisen. Nachdem die Eisen- und Stahlindustrie ihre Preise bereits über den Weltmarktpreis erhöht hat, benutzt sie die neue Valutaverschlechterung zu neuen Preisheraufsetzungen. Der Richtpreisausschuß des Deutschen Stahlbundes setzte mit Rücksicht auf die Verteuerung der Kosten der In- und Auslandserze sowie die Erhöhung der Eisenbahnfrachten die Erhöhung des Thomasstabeisenpreises um 43 000 M. gleich 15,93 Proz. fest, die gleichen prozentualen Erhöhungen erfuhren die übrigen Richtpreissorten. Ab 10 Januar kostet Stabeisen 313 000 M. je Tonne.

Für Konzessionierung des Handels. In einer Sitzung beschloß die Kölner Handelskammer, beim Reichswirtschaftsministerium eine straffe Konzessionierung des Edelmetallhandels zu beantragen, um den unreellen Handel zu bekämpfen, da die bisherigen Maßnahmen unzureichend gewesen seien. Die neue Wucherverordnung vom 16. Dezember 1922 sei ein Fortschritt, doch biete sie noch nicht die notwendige Unterlage für die Preisberechnung.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Gewinn-Auszug
der
21. Preußisch-Süddeutschen (247. Preußischen) Klassen-Lotterie

1. Klasse 1. Ziehungstag 9. Januar 1923

[illegible] jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 1750 M gezogen.

2 zu 200000 M 27739
4 zu 10000 M 278140 249619
6 zu 6000 M 97003 145002 173250
12 zu 4000 M 36917 104769 113919 288028 296804 365031
164 zu 2500 M 3837 8887 8906 10515 10782 11164 28105 29921 28515 31927 33715 41358 47088 50991 54132 55404 67583 69054 69967 71938 77481 83147 91982 92958 94149 101346 106066 106669 109070 110618 116826 120698 121216 123106 127359 128136 132084 135028 138794 148734 162089 166891 170528 170915 177380 179712 180241 187270 193488 200533 201831 202741 208920 209076 215127 218608 219821 222119 227316 228089 235498 238917 244146 254419 258181 265417 168552 169418 279134 281613 286933 287320 290114 298103 303122 306972 313814 313810 314494 314176 317616 314716 340876 343410 346533 350365 357891 352071 353104 369481 373163 374139

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 1750 M gezogen.

2 zu 10000 M 134749
2 zu 6000 M 128706
10 zu 4000 M 32873 75897 101782 123541 126602
160 zu 2500 M 8010 1906 6830 8644 8979 19688 27604 27857 33080 34463 47170 62193 64700 62181 63061 66163 71652 74507 76781 89135 90556 97515 102103 116016 120549 122960 129420 130611 133106 140047 144464 147526 165060 171617 176067 191647 180028 187548 188658 158125 196341 196568 199186 201734 206115 207816 208518 209717 210193 217463 218113 218453 221819 222006 222877 226990 229281 229163 232147 237167 238844 238695 246019 251084 254173 262387 266562 274145 275187 277107 271765 280738 290417 290891 295462 296283 312529 327505 330189 332701 333219 338155 344531 348446 349902 351719 356006 357069 357859 359128 362144 364320 365655 367063 371061

Strickjacken aller Art
Sportgarnituren, Jumper usw.
Billigste Bezugsquelle!
Bruno Richter, Fabrikniederlage thür. Wollwaren
Kopenhagener Str. 67, I a. Bhf. Schönh. All. Hochb. Nordring
u. Bln.-Pankow, Mendelstr. 36 I. Pkw. 3723
Nur Einzelverkauf!

Korbmöbel kaufen Sie am vorteilhaftesten dir. b. Hersteller
A. Lesdau
Werkstätten für fein. Korbmöbel
Fernsprecher: Neukölln 1789.
Ausstell. und Verkauf nur Neukölln, Anzengruberstraße 20.
Geschäftszeit 8-1, 3-7

Zahngebisse auch zerbrochene
pro Zahn 700–25 000 M.
Gold-, Silber- Platin- Doublé
kauft zum höchsten Tagespreis
Edelmetallverwertung Hiesiger
C., Roßstraße 8, Laden, nahe Gertraudtenstraße.

Krause Pianos zur **Miete**
Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstraße

Reelle höchste Bezahlung für
Zahngebisse (auch zerbrochene)
Brillanten
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brennstifte, Münzensammlung, Ketten, Ringe, Uhren.
Juwelier **Bocksch** Kleine Frankfurter Str. 1
3 Min. vom Alexanderplatz.

Alle Seifenhändler
decken ihren Bedarf in Toilettenseifen, Ia Kernseifen, Seifenpulver usw. im Seifenlager
Emerich A. Salgo,
N 54, Lothringer Str. 38, Hof
Fernsprecher: Norden 1975

„Vorwärts"-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

Hauptexpedition: Berlin, Lindenstr. 3, Laden.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz.
Westen: Steglitzer Str. 87, Ecke Magdeburger Straße.
Süden: Bärwaldstr. 47, an der Gneisenaustraße. — Prinzenstraße 31, Hof rechts parterre.
Osten: Markusstr. 36. — Petersburger Platz 4.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48. Milling, Erasmusstr. 4.
Wedding: Müllerstr. 84a, Ecke Utrechter Straße.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wattstr. 9.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 23.
Adlershof, Alt-Glienicke: Frl. Walter, Adlershof, Genossenschaftsstr. 6, parterre.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 180, Laden.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönbrück, Karow und Buch: Heinrich Brake, Bernau, Mühlenstr. 5.
Biesdorf: P. Dannenberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Herlemann, Genossenschaftshaus Paradies.
Buchholz, Blankenburg: Wagner, Blankenburg, Burgwallstraße 63.
Charlottenburg I: Sesenheimer Str. 1.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 11.
Charlottenburg III, Eichkamp: Joachimi, Kaiserdamm 103, Gartenhaus 1 Tr.
Charlottenburg IV: Dufaniak, Augsburger Str. 47, Portier.
Dahlwitz-Hoppegarten (?)... Sonnersdorf: Schönherr, Landsberger Str. 10.
Erkner: Emil Zwang, Scharnweberstr. 11.
Fichtenau: Kraetzke, Bismarckstr. 1.
Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Fredersdorf-Petershagen: Otto Wilinski, Fredersdorf, Arndtstraße.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Friedrichshagen: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Püschner, Köpenicker Str. 105.
Halensee, Grunewald: Frau Noack, Kiosk Henriettenplatz, Privatwohnung: Katharinenstr. 4.
Heinersdorf: Frau Goldbach, Niederschönhausen, Schloßallee 48.
Hennigsdorf: Frau Korbasinski, Rathenaustr. 3.
Hoppegarten: Rausch, Hoppegarten-Birkenstein, Parzelle Nr. 110.
Johannisthal: Alwin Gommlich, Bismarckstr. 3.
Karlshorst: Reinhold Berndt, Waldowallee 4.
Kaulsdorf: Vogt, Dreherekstraße 10.
Königswusterhausen: C. Meyer, Potsdamer Str. 3.
Köpenick, Hirschgarten: Schlag, Kiesse Str. 6 (Laden).
Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 62.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 183, Laden.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Menzel, Lankwitz, Kiefhenstraße 15.
Lichterfelde-West: Berndt, Steglitzer Str. 19.
Mahlsdorf: Wilhelm Kurz, Hönower Str. 177.
Mariendorf: August Leiv, Chausseestr. 29.
Marienfelde: Greulich, Berliner Str. 148.
Neuenhagen: Wenzke, Ziegelstr. 71.
Neukölln I: Neckarstr. 2.
Neukölln II: Siegfriedstr. 28/29.
Neukölln III: Winkler, Hobrechtstr. 40, v. I.
Neukölln-Britz: Mittag, Britz, Chausseestr. 82.
Niederschöneweide: Schindler, Fennstr. 23.
Nowawes: Karl Krohnberg, Lindenstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Leonhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 5.
Pankow: Hilmann, Mühlenstr. 70.
Rahnsdorf: Reichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstraße 5? (Laden)
Reinickendorf-Rosenthal: Heinrich Garski, Hauptstraße 28.
Schmargendorf: Rehab, Breite Str. 3.
Schöneberg: Belziger Str. 27.
Senzig, Mittenwalde, Schenkendorf, Niederlehme, Neue Mühle, Zernsdorf, Gablow: Friedewald, Senzig, Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Tiessch, Reißstr. 22, v. 1 Tr.
Spandau: Böttel, Eschenwinkel 15.
Steglitz: Frost, Düppelstr. 35.
Südende: Ludwig, Hofestr. 86.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Tegelort, Forstfelde, Conradshöhe, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohenneuendorf, Birkenwerder: Paul Kienast, Borsigwalde, Schulstr. 10.
Teltow: Häsel, Ritterstr. 29.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Tempelhof: Rambler, Hohenzollernkorso 3.
Trebbin: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Weiß, Kiefholzstr. 18b.
Weißensee: Greunke, Berliner Allee 54.
" Gillmann, Carmen-Sylva-Straße 57.
Wildau-Hoherlehme: Rud. Leitow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 31.
Wilmersdorf: Frau Schubert, Wilhelmsaue 27. — Tübinger Str. 3a.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Zehlendorf, Teltower Straße 3.
Zeuthen, Miersdorf: A. Behling, Bahnhofstr. 2.
Zossen: Witt, Bahnhofstr. 25.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.